

Medienmitteilung

Thema	Parolenfassung Kantonale Abstimmungen vom 15. November
Für Rückfragen	Jacqueline Gasser-Beck, Tel +41 78 89 89 303, jacqueline.gasserbeck@grunliberale.ch
Absender	Grünliberale Partei Kanton St.Gallen, Postfach 826, 9000 St.Gallen Tel +41 78 89 89 303 eMail sg@grunliberale.ch , www.sg.grunliberale.ch
Datum	5. November 2015

Grünliberale gegen Nachtrag zum Baugesetz und für Beschränkung des Pendlerabzugs

An der ausserordentlichen Mitgliederversammlung fassten die Grünliberalen die Parolen für die Kantonalen Abstimmungen vom 15. November 2015 und beschlossen eine Wahlempfehlung für den 2. Ständeratswahlgang.

Zum Nachtrag des Baugesetztestes, gegen den die Grünliberalen zusammen mit anderen Parteien und Umweltverbänden erfolgreich das Referendum ergriffen hatten, wurde einstimmig die Nein-Parole beschlossen. Eine Mehrheit des Kantonsrats möchte durch die Gesetzesänderung Einfluss auf die Festlegung des Wachstumsszenarios im kantonalen Richtplan erwirken. Ein höheres als von der Regierung vorgeschlagenes Wachstumsszenario hätte eine weitere Ausdehnung der Siedlungsfläche zu Lasten von Kultur- und Naturlandflächen zur Folge. Die Zersiedelung würde weiter voranschreiten und damit die Ziele des nationalen Raumplanungsgesetzes unterlaufen. Ein von der Regierung vorgeschlagenes Wachstumsszenario erlaubt hingegen eine massvolle Entwicklung und schafft Rechtsicherheit.

Ebenfalls einstimmig befürworteten die Mitglieder der Grünliberalen die Beschränkung des Pendlerabzuges auf die Kosten des Generalabonnements 2. Klasse. Die Beschränkung des Fahrkostenabzugs trägt zur Entlastung der Kantonsfinanzen bei und motiviert Pendler zu einem bewussteren Umgang mit Mobilität. Mit der Gleichbehandlung von öffentlichem und motorisiertem Verkehr werden kurze Pendlerwege attraktiver, ökologische Fehlanreize minimiert und damit die fortschreitende Zersiedelung gebremst.

Ebenfalls unbestritten war die Zustimmung zum Kantonsbeitrag und der Darlehensgewährung zur Sanierung und Erweiterung der Geriatrischen Klinik St.Gallen.

Klar abgelehnt wurde hingegen die Prämienverbilligungsinitiative der SP.

Die Grünliberalen sind der Meinung, dass die Kantonsfinanzen keine zusätzliche Ausfinanzierung sozialstaatlicher Leistungen erlauben. Eine Annahme der Initiative hätte jährliche Mehrkosten von ca. 79 Millionen Franken zur Folge, was einer Steuerprozentserhöhung von 7% entsprechen würde. Zudem sind wir der Meinung, dass trotz steigender Krankenkassenprämien der Umverteilungseffekt der individuellen Prämienverbilligung nach wie vor greift und jene Prämienzahler welche am dringendsten auf eine Entlastung der Haushaltskasse angewiesen sind auch weiterhin nicht verzichten müssen.

Für den 2. Ständeratswahlgang empfiehlt die Grünliberale Partei Paul Rechsteiner zur Wiederwahl.

Rechsteiner stellt neben Karin Keller Sutter, mit der die Grünliberalen Finanz- und wirtschaftspolitische Positionen teilen, die Vertretung von ökologischen Anliegen im Stöckli sicher. Zudem waren die beiden bisherigen Ständeräte in den vergangenen vier Jahren ein erfolgreiches Gespann, wenn es darum ging, für den Kanton wichtige Projekte, wie beispielsweise den Ausbau der Bahninfrastruktur „Bodensee-Rheintal-Y“, umzusetzen.